

Telefon: 233 - 92 430
Telefax: 233 - 27 290

Direktorium
Fachstelle gegen
Rechtsextremismus
D - FgR

Jahresbericht 2013 der Fachstelle gegen Rechtsextremismus der Landeshauptstadt München

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00318

Bekanntgabe in der Vollversammlung des Stadtrates vom 08.07.2014
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Viele Städte und Gemeinden in Deutschland sind mit gezielten Aktivitäten rechtsextremer Parteien, Gruppierungen oder mit rechtspopulistischen Kampagnen konfrontiert. Rechtsextremisten und Rechtspopulisten versuchen in die Mitte der städtischen Gesellschaft vorzudringen. Sie gerieren sich dabei als vermeintliche „Kümmerer“. Rechtsextreme und rassistische Parolen und die Diskriminierung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen sollen dadurch „normal“ werden und Eingang in den Alltag finden.

Das politische und soziale Klima in einer Stadtgesellschaft hängt wesentlich von den handelnden Akteuren vor Ort und deren Zusammenarbeit ab. Die Kommune – ihre Handlungsbereitschaft, Handlungsstrategie und Selbstverständnis – kann eine wichtige Rolle spielen um rechtsextremen und rassistischen Einstellungs- und Verhaltensmuster wirkungsvoll entgegenzutreten. Dafür hat München die Fachstelle gegen Rechtsextremismus (FgR) eingerichtet, die am 01.08.2010 ihre Arbeit aufgenommen hat (Informationen zum Tätigkeitsprofil siehe: www.muenchen.de/gegen-rechtsextremismus)

1. AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IM BEREICH RECHTSEXTREMISMUS / RECHTSPOPULISMUS IN MÜNCHEN UND UMGEBUNG

Unter dem Namen Bürgerinitiative Ausländerstopp München (BIA) zog die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) auch 2014 in den Kommunalwahlkampf. Vereinzelt wurden Informationsstände und Kleinkundgebungen in den Stadtteilen durchgeführt oder Broschüren und Flugblätter verteilt. Kurz vor der Kommunalwahl 2014 kam es zu verstärkten Verteilaktionen und Kundgebungen.

Der Ausbau der kommunalen Präsenz ist aus Sicht der NPD für die weitere Entwicklung der Partei im Bundeskontext von großer Bedeutung. Da die BIA / NPD in München allerdings zu schwach ist, um alleine eine Wahlkampf mobilisierung durchzuführen, findet auch weiterhin eine enge Kooperation zwischen der BIA / NPD und den Neonazis aus dem Kameradschaftsspektrum statt. Dies

zeigte sich beispielsweise im Rahmen von Flugblattverteilaktionen, Kundgebungen oder bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtratswahlliste der BIA. Trotz Halbierung des Stimmenanteils (0,7 statt 1,4 %) ist es der BIA gelungen, auch 2014 einen Sitz im Stadtrat zu erringen.

Die in losen „Kameradschaften“ organisierten Neonazis haben zum Teil Verbindungen zum Rechtsterrorismus. Ein Großteil der Münchner Kameradschaften ist im bayernweiten Dachverband „Freies Netz Süd“ organisiert. Mitte 2013 wurde im Rahmen eines vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens gegen das 'Freie Netz Süd' durch die Polizei bei Hausdurchsuchungen umfangreiches Beweismaterial für ein mögliches Vereinsverbot des „Freien Netz Süd“ beschlagnahmt. Bei der Aktion wurde auch ein Wohnobjekt in München durchsucht.

Weitere Informationen zur rechtsextremen Szene in München sind über die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm) erhältlich. Diese ist als Stelle im städtischen Netzwerk gegen Rechtsextremismus auf Recherche, Dokumentation und Information über Rechtsextremismus und Rechtspopulismus spezialisiert.

Islamfeindliche Gruppierungen scheitern mit Einzug in den Stadtrat

Das rechtspopulistische Spektrum hat sich in München auch parteiförmig unter dem Namen *Die Freiheit* organisiert. Landesvorsitzender der Partei *Die Freiheit* ist Michael Stürzenberger, der zugleich laut Verfassungsschutz Landesvorsitzender des Vereins Bürgerbewegung Pax Europa e.V. ist. Daneben ist er einer der aktivsten Autoren auf dem islamfeindlichen Internet-blog *Politically Incorrect*.

Die kommunalpolitische Hauptaktivität der Rechtspopulisten in München besteht in der Organisation von Informationsständen zur Sammlung von Unterschriften gegen das Münchner Forum für Islam (vormals: ZIE-M). Diese Unterschriftensammlung wendet sich – ähnlich wie das Schweizer Vorbild – gegen religiöse Bauten in München und tangiert somit die im Grundgesetz verbriefte Religionsfreiheit. Derartige Unterschriftensammlungen zur Mobilisierung sind eine typische Strategie von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten europaweit und im Bundesgebiet.

Ende November 2013 haben *Die Republikaner* und der Landesverband Bayern der Partei *Die Freiheit* eine gegenseitige Unterstützung vereinbart. Hierzu gehört neben gemeinsamen Veranstaltungen auch, dass zur Kommunalwahl in Großstädten nur eine gemeinsame Liste aufgestellt wird (in München gab es beispielsweise nur eine Liste der Partei *Die Freiheit*, auf der auch Vertreter der Partei *Die Republikaner* aufgeführt waren).

Allerdings erhielt die Partei *Die Freiheit* bei der Kommunalwahl 2014 in München nur 0,6 % der Stimmen und hat es als einzige der insgesamt 14 angetretenen Parteien oder Listen nicht geschafft, in den Stadtrat gewählt zu werden. Das vorläufige Ergebnis der bei der Stadtratswahl abgegebenen unveränderten Stimmen (also nicht der panaschierten und kumulierten) zeigt, dass eine signifikante Wählerwanderung von der extremen Rechten (2008: BIA und ProM, 2014: BIA und Freiheit) zur AfD stattgefunden hat (ca. 2000 Stimmen). Dies könnte zum Scheitern von *Die Freiheit* beigetragen haben. Ob und wann die Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren bei der LHM eingereicht wird, ist derzeit nicht genauer bekannt.

2. ARBEITSSCHWERPUNKTE DER FACHSTELLE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IM JAHR 2013

2.1. Münchner Netzwerk gegen Rechtsextremismus um BA-Beauftragte gegen Rechtsextremismus erweitert

Rechtsextremisten und Rechtspopulisten sind zunehmend in den Stadtteilen aktiv mit der Verteilung von Flyern, der Durchführung von Informationsständen und Unterschriftensammlungen. Daher wurde im Mai 2013 das bestehende Münchner Netzwerk gegen Rechtsextremismus auch auf die Stadtteilebene ausgedehnt, indem es nun Bezirksausschüssen ermöglicht wird, BA-Beauftragte gegen Rechtsextremismus als lokale Koordinatorinnen und Koordinatoren zu ernennen. Die Beauftragten sollen in den einzelnen Stadtteilen aktiv werden und verschiedenste Aktivitäten gegen Rechtsextremismus entfalten (zum Beispiel Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, Weitergabe von Informationen und Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger zum Thema).

Eingeführt wurde hier ein deutschlandweit einzigartiges Informationssystem, durch das die Beauftragten immer zeitnah und unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Vorgaben durch die Fachstelle gegen Rechtsextremismus über rechtsextreme und rechtspopulistische Versammlungen informiert werden. In nahezu allen Bezirksausschüssen gibt es mittlerweile Personen, die als Beauftragte und damit als Ansprechpartner vor Ort bereitstehen. Die einzelnen BA-Beauftragten / Bezirksausschüsse haben bereits eine Vielzahl eigener Aktivitäten entfaltet (z. B. Informationsveranstaltung des BA9 für Wirte im November 2013 zum Thema Rechtsextremismus oder die Veranstaltungsreihe „Wir sind Moosach“ mit mehreren Veranstaltungen am 09. November 2013). Es gibt einen regelmäßigen Austausch beispielsweise im Rahmen von Treffen der Beauftragten, zu denen die Fachstelle gegen Rechtsextremismus regelmäßig einlädt.

20.11.2013: Veranstaltung für Wirte im BA9 - Schutz vor rechtsextremen und islamfeindlich extremistischen Anmietungen

Die Landeshauptstadt München vertritt Wirten gegenüber eine aktive Informationspolitik, das heißt Wirte werden im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten über sämtliche uns zur Verfügung stehenden Informationen zu rechtsextremen und islamfeindlich-extremistischen Anmietungsversuchen in Kenntnis gesetzt.

Im November 2013 wurde durch den Bezirksausschuss Neuhausen-Nymphenburg eine Informations- und Diskussionsveranstaltung für Wirte im Stadtviertel initiiert. Zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Fachstelle gegen Rechtsextremismus, der Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus und den Initiativen „Keine Bedienung für Nazis – Rassisten werden hier nicht bedient“ aus Regensburg sowie „Gemeint sind wir alle!“ aus München diskutierten u.a. Wirte, BA-Beauftragte gegen Rechtsextremismus und Vertreter des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbands DEHOGA Bayern über zivilgesellschaftliche Möglichkeiten, sich klar gegen Rechtsextremismus, islamfeindlichen Extremismus und Rassismus zu positionieren. 2014 sollen weitere Veranstaltungen für Wirte in anderen Bezirken stattfinden, daneben ist eine engere Kooperation bei diesem Thema mit der DEHOGA Bayern geplant.

Weiterführende Informationen zum Thema finden sich auch in der von der Landeshauptstadt München veröffentlichten Broschüre „Schutz vor rechtsextremen Anmietungen für Kommunen

und Vermieter.“ auf www.muenchen.de/gegen-rechtsextremismus

Ende 2013/Anfang 2014 hat eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den BA-Beauftragten von BA 4 und BA 12, einem Vertreter von München ist bunt! und der Fachstelle gegen Rechtsextremismus, einen Flyer zum Thema Flüchtlingsunterkünfte entwickelt, um Ressentiments gegen Flüchtlinge so früh wie möglich entgegenwirken.

2.2. Studie zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit der LMU

Die Ludwig-Maximilians-Universität publizierte Mitte 2013 eine Studie mit dem Titel „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München“. Hervorgegangen war diese Untersuchung aus einer Kooperation zwischen LMU und der Fachstelle. Dabei nahmen (nach einer gebietsbasierten Zufallsauswahl) 1139 Teilnehmer und Teilnehmerinnen an einer schriftlichen Befragung im Zeitraum Februar bis März 2013 teil. Die Teilnehmenden waren im Alter zwischen 18 bis 92 Jahren und bestanden aus 46 % Männern und 53,6 % Frauen. Unter dem Überbegriff der Menschenfeindlichkeit wurden die folgenden Bereiche abgefragt: Frauenfeindlichkeit, Ablehnung Homosexueller, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Ablehnung behinderter Menschen, Befürwortung Nationalsozialistischer Überlegenheit, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Langzeitarbeitslosen und Islamophobie.

Am 16.10.2013 wurde die Studie in einer gemeinsamen Sitzung von VPA, KJHA, Ausschuss für Bildung und Sport, WirtschaftsA, KreisverwaltungsA, KulturA, KommunalA und GesundheitsA durch die LMU vorgestellt. Im Rahmen der Sitzung berichteten auch Expertinnen und Experten aus Berlin (Bianca Klose, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus; Lorenz Korgel, Koordinierungsstelle des Beratungsnetzwerks Berlin) von der Umsetzung des dortigen Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Dieser Einblick in die Strukturen in Berlin zeigte Möglichkeiten auf, wie künftig noch effizienter, besser und strukturierter gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Einstellungsmuster aus dem Bereich der GMF vorgegangen werden kann

2.3. Broschüre zur Hilfe bei Veranstaltungsstörungen aus dem extremen rechten Spektrum

Veranstaltungsstörungen durch Rechtsextremisten oder islamfeindliche Extremisten gibt es seit ca. 2007 immer wieder in München und im Umland. Diese treten auf öffentlichen Veranstaltung auf, um zu unterbrechen, zu provozieren oder um die Diskussion von ihrer eigentlichen inhaltlichen Ausrichtung abzubringen. Betroffen sind z. B. Veranstaltungen, die sich mit den Themen Islam, Integration, interreligiöser Dialog, Eurokrise oder mit Rechtsextremismus und islamfeindlichem Extremismus befassen. Zu derartigen Störungen kann es beispielsweise auch kommen, wenn sich Veranstaltungen den Themen „Asyl“ oder „Zuwanderung“ widmen.

2013 entstand eine Broschüre, die Demokratinnen und Demokraten in ihrem Entschluss bekräftigen und unterstützen soll, Rechtsextremisten und islamfeindlichen Extremisten keine Plattform für ihre demokratiefeindliche und menschenverachtende Ideologie zu bieten.

Ziel dieser Broschüre ist es, die Handlungssicherheit von Veranstaltern zu erhöhen. Veranstalter müssen sich die direkte Auseinandersetzung mit rechtsextremen oder islamfeindlichen

Thesen nicht aufdrängen lassen. Denn eine Dialogbereitschaft, wie sie Rechtsextreme und islamfeindlichen Extremisten von den Demokraten einfordern, besteht auf deren Seite nicht.

In der im Januar 2014 durch die Fachstelle veröffentlichten Broschüre werden insbesondere Erfahrungen aus der Landeshauptstadt München aufgegriffen, aber auch solche aus anderen bayerischen Kommunen und bundesweit. Die Broschüre entstand in Kooperation mit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin. Sie ist kostenlos zu bestellen unter fgr@muenchen.de oder im Internet abrufbar unter www.muenchen.de/gegen-rechtsextremismus

Neben den oben bereits genannten Broschüren hat die Fachstelle gegen Rechtsextremismus im Jahr 2013 zahlreiche weitere Informationsmaterialien erstellt, um über rechtsextreme Umtriebe zu informieren und Aufklärungsarbeit für die Stärkung der demokratischen Stadtgesellschaft zu betreiben. Beispielhaft genannt seien Informationen

1. zu Hausordnungen in Sportstätten, Stadien und (Konzert-)Hallen
2. zu Satzungen von Sportvereinen
3. für Münchnerinnen und Münchner, Veranstalter von Stadt(teil-)kulturfesten und für Münchner Gastwirte zu einer aktuellen Kampagne islamfeindlicher Extremisten

2.4. Neuauflage der Flyerreihe „Das wird man doch noch fragen dürfen...“, die Argumente gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Parolen liefert.

In der Neuauflage werden unter dem Slogan „Das wird man doch noch fragen dürfen:“ die folgenden Parolen diskutiert:

- Droht uns eine Flüchtlingsflut?
- Passen Muslime nicht hierher?
- Belasten Ausländer die Sozialkassen?
- Nehmen Ausländer uns die Arbeit weg?

Wie alle anderen Informationsmaterialien auch zu finden unter www.muenchen.de/gegen-rechtsextremismus

2.5. Veranstaltungsreihe: „Neue Dimensionen des Rechtsextremismus“

Die gemeinsame Veranstaltungsreihe der Fachstelle gegen Rechtsextremismus der LHM, der Offenen Akademie der Münchner Volkshochschule, der Evangelischen Stadtakademie und des BayernForums der Friedrich-Ebert-Stiftung analysiert seit September 2012 die neuen Dimensionen des Rechtsextremismus und lässt auch diejenigen zu Wort kommen, die sich gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus engagieren. Im Berichtszeitraum wurden Veranstaltungen zu folgenden Themen durchgeführt:

21.01.2013 »Muslime als Bedrohung? Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei Rechtsextremisten und Rechtspopulisten«

Studien zeigen, dass bundesweit – und auch in München – Vorbehalte gegen Menschen muslimischen Glaubens weit verbreitet sind. Rechtsextremisten und Rechtspopulisten greifen die vorhandenen Vorurteile auf und drehen professionell an der Eskalationsschraube. Das Feindbild „Muslime“ ist die neue gesellschaftliche Einflugschneise für Rechtsextremisten und

Rechtspopulisten geworden. Konstruiert wird dieses Feindbild mit Mechanismen, die das Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld im Konzept „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ analysiert hat.

Nach einem Vortrag von Prof. Dr. Andreas Zick, Lehrstuhl für Sozialisation und Konfliktforschung und Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld diskutierten Imam Benjamin Idriz und die Journalistin Kübra Gümüşay über die titelgebende These. Ziel der Veranstaltung war es, herauszuarbeiten, wie rechtsextreme Agitation im einzelnen funktioniert, und wie sich die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegen Muslime auswirkt. Der Abend konnte die im Titel gestellte Frage eindeutig beantworten: Muslime und der Islam sind keine Bedrohung für eine pluralistische Gesellschaft, sondern ein Gewinn. Darüber hinaus stellt der Islam keinen monolithischen Block dar, der muslimische Glaube begründet keine rückständige Wesensgleichheit aller Gläubigen, wie sie der Rechtspopulismus annimmt und auf der dessen Ablehnung „des Islam“ basiert.

05.03.2013 Freier Hass für freie Bürger? - Rechtsextremismus und Rechtspopulismus im Internet

Foren, Blogs, soziale Netzwerke und virtuelle Erlebniswelten sind selbstverständlicher Bestandteil rechtsextremer Agitation geworden. Aber längst geht es nicht mehr nur um die Zielgruppe der Jugendlichen. Rechtspopulistische Plattformen wie „Politically Incorrect“ oder „Nürnberg 2.0“ nutzen das Web zur Mobilisierung, aber auch zur Einschüchterung zivilgesellschaftlicher Akteure. Dabei nehmen sie für sich in Anspruch „gegen den Mainstream“ zu argumentieren und vermeintlich unterdrückten Meinungen Gehör zu verschaffen. Mit welchen Themen und Strategien sind Rechtsextremisten und Rechtspopulisten im Internet präsent? Welche wirksamen Gegenstrategien gibt es?

Der Sozialwissenschaftler Dr. Christoph Busch (Universität Siegen) diskutierte mit Anna Groß (Amadeu Antonio Stiftung, no-nazi.net, Netz-gegen-Nazis, Berlin) und Stefan Glaser (jugendschutz.net, Zentralstelle der Länder für den Jugendschutz im Internet, Mainz) über Erscheinungsformen und Strategien der Rechtsextremen und Rechtspopulisten im Web 2.0, bestehende Handlungsmöglichkeiten und die besten Gegenstrategien.

16.12.2013: Rechtspopulismus in München: Gefahr für die demokratische Stadtgesellschaft?

Unter dem Titel „Rechtspopulismus in München: Gefahr für die demokratische Stadtgesellschaft?“ diskutierten am 16. Dezember im Alten Rathauses Oberbürgermeister Christian Ude, Innenminister Joachim Herrmann, die Landtagsabgeordneten Florian Ritter (SPD) und Katharina Schulze (Die Grünen) sowie Stadtrat Marian Offman über Strategien des Rechtspopulismus, das demokratiegefährdende Potential des islamfeindlichen Extremismus und Handlungsmöglichkeiten des Rechtsstaates, der Politik und der Zivilgesellschaft. Den Einführungsvortrag hielt Prof. Dr. Heribert Prantl.

Über 300 Zuhörerinnen und Zuhörer verfolgten die Podiumsdiskussion, die sich auch mit der aktuellen Kampagne zum Bürgerbegehren gegen das ZIE-M in München und den Einschüchterungsstrategien gegen Demokraten beschäftigte, die sich gegen das Schüren von Hass gegen Muslime engagieren.

11.03.2014: Nächster Ausstieg rechts? Erkundungen in der Mitte der Gesellschaft

Die offizielle Debatte über Rechtsextremismus in Deutschland erfasst nur die Spitze des Eisbergs. Das Feld extremer rechter Einstellungen ist wesentlich breiter.

Mehrere hundert Menschen jubelten Thilo Sarrazin bei der Vorstellung seines Buches „Deutschland schafft sich ab“ in der Münchner Reithalle zu. Die Bundestagswahl zeigte, dass nationalistische und antieuropäische Stimmungen zunehmend in der Mitte der Gesellschaft Anklang finden. Der Umgang mit den Morden des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ verweist auf blinde Flecken in der öffentlichen Wahrnehmung.

Weshalb finden rechtspopulistische und rechtsextreme Ressentiments Zuspruch in der Mitte der Gesellschaft? Wenige Tage vor der Kommunalwahl diskutierten Prof. Dr. Bernd von Heintschel-Heinegg, Sonderermittler im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages, Prof. Dr. Armin Nassehi, Soziologe an der Ludwig-Maximilians-Universität und Dr. Tanjev Schultz, Politik-Redakteur der Süddeutsche Zeitung mit Schwerpunkt Innere Sicherheit/Extremismus diese Fragestellungen.

2.6. weitere Veranstaltungen

17.04.2013: „Was tun gegen rechte Gewalt?“ - Podiumsdiskussion im Rathaus

Aus Anlass des Beginns des NSU-Prozesses diskutierten auf einer Veranstaltung des Stern - mit Unterstützung der Fachstelle - Prominente mit Experten über rechtsextreme Gewalt und wie sich jeder gegen rechtsextreme Gewalt, Intoleranz und Rassismus engagieren kann. Vor rund 200 Zuhörerinnen und Zuhörern berichteten daneben unter anderem Anwälte von NSU-Opfern über alltäglichen Rassismus bei den Ermittlungen.

31.10.2013: „Nachts sind alle Menschen bunt! - Eine Aktion der Münchner Clubs gegen Hass und Rassismus“

Mit dem Slogan „Nachts sind alle Menschen bunt“ wurde eine Initiative gestartet, die auf die Vielfalt im Münchner Nachtleben aufmerksam machen und ein Bewusstsein für ein tolerantes, respektvolles Miteinander auf & neben der Tanzfläche schaffen soll. Veranstalter waren der Verband der Münchner Kulturveranstalter (VDMK) in Kooperation mit der Städtischen Fachstelle gegen Rechtsextremismus.

Im Rahmen der Aktion errichtete ein Team aus Münchner Kreativen bei der „Längsten Nacht der Münchner Clubs“ am 31.10.2013 vor dem Pacha Club einen Videostand, an dem die Vielfalt des Münchner Partypublikums festgehalten wurde. Insgesamt beteiligten sich 14 Münchner Clubs und Locations. Mit dem gesammelten Video-Material wurde die Kampagne noch bis zur Stadtratswahl im Frühjahr 2014 durch verschiedene Aktionen online weitergeführt.

08.11.2013: Enthüllung Gedenktafeln für Münchner NSU-Opfer

München gedenkt seiner beiden von Neonazis ermordeten Mitbürger Habil Kiliç und Theodoros Boulgarides. Im Beisein von Angehörigen sowie zahlreichen politischen Vertretern von Stadt, Land und Bund haben Bürgermeisterin Christine Strobl und Georg Eisenreich, Staatssekretär im Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, am 08.11.2013 an den Tatorten in Ramersdorf und auf der Schwanthalerhöhe zwei Gedenktafeln enthüllt.

Die Gedenktafeln an den beiden Münchner Tatorten tragen neben den Namen aller Opfer der Mordserie die gemeinsam abgefasste Erklärung aller sieben von der Neonazi-Mordserie betroffenen Städte Nürnberg, Hamburg, München, Rostock, Dortmund, Kassel und Heilbronn: „Neonazistische Verbrecher haben zwischen 2000 und 2007 zehn Menschen in sieben deutschen Städten ermordet: Neun Mitbürger, die mit ihren Familien in Deutschland eine neue

Heimat fanden, und eine Polizistin. Wir sind bestürzt und beschämt, dass diese terroristischen Gewalttaten über Jahre nicht als das erkannt wurden, was sie waren: Morde aus Menschenverachtung. Wir sagen: Nie wieder!“

Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus koordinierte die Enthüllung verwaltungsintern.

24.11.2013: Geführte Rundgänge auf der Baustelle des NS-Dokumentationszentrums

Am Sonntag den 24. November war die Baustelle des NS-Dokumentationszentrums in der Brienner Straße für die Münchnerinnen und Münchner zu einem Besuchstermin geöffnet. Zwischen 10 und 14 Uhr führen Fachleute des NS-Dokumentationszentrums und des städtischen Baureferates insgesamt fast 400 Bürgerinnen und Bürger durch das Gebäude. „Die Münchner Bürgerschaft hat dieses Zentrum selbst angeregt und vorgeschlagen, sie wird mit Sicherheit auch den Entwicklungsprozess bis zur Eröffnung im nächsten Jahr aufmerksam verfolgen wollen“, so Oberbürgermeister Christian Ude, zugleich Vorsitzender des Fördervereins für das NS Dokumentationszentrum München, der die Führungen initiiert hat.

2.7. Kampagnen

Kampagnen sind gerade in der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus ein äußerst wichtiges und adäquates Instrument. Kampagnen erlauben es, das Thema im öffentlichen Diskurs „zu setzen“, Aufmerksamkeit zu erregen, Diskussionen anzustoßen und neue Zielgruppen für die Sensibilisierung zu erschließen.

2.7.1. Kampagne „Laut gegen Brautöne“

Folgende Aktivitäten fanden 2013 im Rahmen der Kampagne „Laut gegen Brautöne“ statt:

16.02.2013: „Gemeinsam feiern für Toleranz und Respekt – Die Junge Nacht der Clubs“

Im Rahmen der Laut gegen Brautöne-Kampagne der Landeshauptstadt München fand am 16.02.2013 unter dem Motto „Gemeinsam feiern für Toleranz und Respekt – Die Junge Nacht der Clubs“ statt, an der sich 6 Münchner Clubs beteiligten, um gemeinsame Feiern für Jugendliche jeglichen Backgrounds (ab 16 Jahren) zu ermöglichen.

März 2013: Ausstellung „Pastinaken raus!“ im Gasteig

„Pastinaken raus!“ – eine Ausstellung der Jugendkultureinrichtung „Die Färberei“ wurde vom 1. bis zum 21. März 2013 im Gasteig im Rahmen von „Laut gegen Brautöne“ gezeigt. Die Ausstellung hält nicht nur durch ihren Titel der Gesellschaft den Spiegel vor. In mehreren thematisch angepassten Zimmern einer Wohnung wird der Besucher auf den schleichenden Rechtsruck Deutschlands aufmerksam gemacht. Zwar stimmt die große Mehrheit der Bevölkerung zu, dass Rechtsextremismus nicht zu dulden ist, allerdings finden latent rassistische, homophobe, islamfeindliche oder antisemitische Einstellungen wieder größeren Zuspruch. Aus der Ausstellung hat sich mittlerweile ein Multiplikatoren-Pool beim Netzwerk demokratische Bildung entwickelt, über den Fachreferentinnen bzw. Fachreferenten unter anderem für Schulen zum Thema zur Verfügung stehen.

2.7.2. Seit 15.01.2014: Kampagne „Kunst und Kultur für Respekt“:

Münchens Kunst- und Kultureinrichtungen machen sich stark für ein respektvolles Miteinander unterschiedlicher Menschen in der Stadt. Mittlerweile über 40 Münchner Theater, Orchester,

Museen, Bildungseinrichtungen sowie Künstlerinnen und Künstler haben sich in der Initiative „Kunst und Kultur für Respekt“ zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus aufzutreten. In Zusammenarbeit mit der städtischen Fachstelle gegen Rechtsextremismus wollen die beteiligten Einrichtungen bei zahlreichen Veranstaltungen seit 15. Januar darauf aufmerksam machen, wie sich rechtsgerichtete Propaganda in jüngster Zeit gewandelt hat und wo und wie sich Rassismen heute zeigen. Im Rahmen einer Pressekonferenz haben am 15.01.2014 Oberbürgermeister Christian Ude sowie die Intendanten der Münchner Kammerspiele, des staatlichen Residenztheaters und des Münchner Volkstheaters sowie der Direktor der Münchner Stadtbibliothek und der Kreisjugendring-München das Projekt vorgestellt.

Seither wurden bereits über 40 Veranstaltungen durch beteiligte Kunst- und Kultureinrichtungen durchgeführt. Beispielsweise:

- Lesung unter dem Motto MIASANMIA als Auftaktveranstaltung am 15.01.2014 im Residenztheater
- „IntegrierBar“ zum NSU-Prozess im Münchner Volkstheater am 25.02.2014
- „M“ von Friedrich Ani – Lesung und Diskussion in der Pasinger Fabrik am 28.02.2014
- Kabarett, Podiumsdiskussion mit OB-Kandidatinnen und Kandidaten und Konzert unter dem Motto „Wie bunt ist München?“ am 08.03.2014 im Volkstheater
- „Alltag und Rassismus: Medien“ Begleitende Podiumsdiskussion zum Theaterstück „Urteile „ am Münchner Residenztheater
- „Blut muss fließen“, Filmvorführung mit Diskussion am 7. und 8.05.2014 im Münchner Volkstheater in Kooperation mit der Münchner Stadtbibliothek

Weitere Informationen zur Initiative und zum Programm im Internet unter <http://www.kunstkulturrespekt.de>

2.8. Kooperation mit dem Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat

Das Münchner Bündnis für Toleranz initiierte im Mai 2012 den „Münchner Appell gegen Rechtspopulismus“ dem sich zahlreiche Organisationen anschlossen. Dieser Appell ist eine gemeinsame Stellungnahme der Münchner Demokraten gegen Rechtspopulismus.

Im Münchner Appell heißt es: „In München – ebenso wie in anderen bayerischen Kommunen – sind rechtspopulistische Gruppen aktiv. Diese Gruppen verknüpfen die Glaubensfrage mit der Integrationspolitik und suggerieren eine Gefahr durch eine vermeintlich „fremde Kultur“. Beispiel: Zugewanderte = Islam = Islamismus = Bedrohung lautet ihre rassistische Gleichsetzung. Die Rechtspopulisten instrumentalisieren gesellschaftliche Fragen und soziale Problemstellungen, um etwa Menschen mit Migrationshintergrund und insbesondere Muslime als Verantwortliche für bestimmte Probleme zu kennzeichnen. Es gibt religiösen Fundamentalismus, Verletzung von Menschenrechten und so genannte „Integrationsdefizite“. Doch können diese Konflikte nicht pauschal einzelnen gesellschaftlichen Gruppen angelastet werden, sondern müssen als gemeinsame Herausforderung aller Münchner Bürgerinnen und Bürger begriffen werden. Wir wenden uns gegen das Austragen gesellschaftlicher Problemlagen auf dem Rücken von Minderheiten und setzen uns für die Suche nach gemeinsamen Lösungsansät-

zen mit den Menschen vor Ort ein. Wir dürfen nicht zulassen, dass Rassismus und Ausgrenzung über den Umweg von Kulturkampf-Parolen und der Instrumentalisierung von religiösen Fragen im kommunalpolitischen Alltag an Einfluss gewinnen.“

Zum Auftakt des NSU-Prozesses in München wendete sich das Bündnis Ende März 2013 mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit und forderte unter anderem, dass im Prozessverlauf auch der rassistische Hintergrund und das neonazistische Umfeld der Täter in den Blick genommen werden sollte und dass Rechtsextremismus als Bedrohung für das demokratische und respektvolle Miteinander in unserer Gesellschaft ernst genommen werden muss.

Zur Kommunalwahl 2014 führte das Bündnis eine öffentlichkeitswirksame, parteipolitisch neutrale Plakatkampagne mit dem Titel „Keine Stimme für Hass und Rassismus! Ich wähle demokratisch.“ durch. Für die Kampagne konnten zahlreiche prominente Unterstützer, die als Vorbilder, Sympathieträger und Identifikationsfiguren der Kampagne ihr glaubwürdiges Gesicht leihen, gewonnen werden, die sich zum Thema positionieren und ausführen, weshalb sie demokratisch wählen. Die Kampagne setzte ein deutliches Zeichen gegen Hass und Rassismus und für ein weltoffenes und demokratisches München. Sie appellierte an die Münchnerinnen und Münchner, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, dabei aber denjenigen, die Hass und Rassismus schüren, die Stimme zu verweigern. Die Motive der Kampagne wurden in Kneipen verteilt, in Clubs ausgehängt, auf öffentlichen Flächen plakatiert. Näheres zur Kampagne finden Sie unter www.ich-waehle-demokratisch.de.

2.9. Fachvorträge zum Thema Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Als Vertretung der Landeshauptstadt München zum Thema Rechtsextremismus hat die Fachstelle bei zahlreichen Veranstaltungen 2013 sowohl auf Ebene der Münchner Stadtgesellschaft, als auch auf Landes- oder Bundesebene über die Arbeit des städtischen Netzwerks gegen Rechtsextremismus informiert, für ein stärkeres kommunales Engagement gegen Rechtsextremismus geworben und über die Situation des Rechtsextremismus und -populismus und Rassismus in München berichtet.

So u.a. zuletzt bei einem Treffen im Rahmen des Deutschen Städtetages. Dort kamen Kommunen zusammen, die sich künftig stärker in der Arbeit gegen Rechtsextremismus engagieren wollen. Dabei wurde deutlich, dass München mit der Fachstelle gegen Rechtsextremismus ein Vorreiter auf diesem Gebiet ist. Dies zeigt auch eine Vielzahl von Nachfragen nach der Erfahrungen der LHM aus dem gesamten Bundesgebiet.

Einen wichtigen Beitrag leistete die Fachstelle gegen Rechtsextremismus auch beim „Wunsiedler Forum“ (einem bayernweiten Vernetzungstreffen von Zivilgesellschaft und Kommunen) im November 2013. Dort wurden auf Grundlage der Münchner Strategie Anregungen für die weitere Entwicklung der Arbeit gegen Rechtsextremismus auch auf der Landesebene gegeben. Der Beitrag stieß auf großes Interesse und eine positive Resonanz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

**III. Abdruck von I. mit III.
über den Stenografischen Sitzungsdienst**

**an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.**

IV. Wv. -Direktorium - FgR